

Berantwort. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mt.
durch den Poststräger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beiträge oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Zeitungen 30 Pf.

Zur Maifeier.

In dem Aufruf des sozialdemokratischen "Vorwärts" zur Maifeier heißt es:

"Die Idee des Achtstundentages und der übrigen internationalen Bestrebungen der Arbeiterklasse hat ihren siegreichen Einzug in die Herzen aller denkenden und aufgeklärten Arbeiter gehalten." Und weiter: "Kein Genosse, keine Genossin darf fehlen an dem großen Festtag der Arbeit!"

Dazu bemerkte die "Nat.-Lip. Korr.": Das ist schön gesagt und, soweit Arbeiter in Betracht kommen, die sozialdemokratisch gesprochen, im Soße der aufbeutenden und schwelgerischen Bourgeoisie ihr Dasein dahinschleppen gewiß auch aufrichtig gemeint. Aber es gibt auch Genossen und Genossinnen, die von Freieren des Proletariats Arbeit genommen haben, zum Theil sogar im Dienst rein sozialdemokratischer Unternehmern stehen, und was die betrifft: "Wird es auch so von Herzen gehn?" Die Antwort auf die Frage giebt denselbe "Vorwärts" in einem Bericht über die kürzlich in Zwickau abgehaltene dritte Jahreskonferenz der Lagerhalter der zahlreichen von der Sozialdemokratie begründeten und unterhaltenen Konsumvereine im Königreich Sachsen. Dort ist zu lesen: "Schmidt aus Zwickau sah es scharf, daß im Vorjahr Chemnitzer Verwaltungsräthe von Konsumvereinen am 1. Mai auf Agitation für den Achtstundentag gegangen sind, ihren Arbeitern aber verboten haben, die Petition für den Achtstundentag zu unterschreiben, auch die Löhne nicht schließen liegen." Man sieht, die Sozialdemokratie als Arbeitgeber begnügt sich nicht mit der Ausschließung ihrer Untergebenen von der Verwaltung, "aller denkenden und aufgeklärten Arbeiter", sie trifft auch Vorlehrungen, daß die Idee des Achtstundentages, wenn sie ihren siegreichen Einzug in die Herzen von Genossen, die für Sozialdemokraten Unternehmer gewinne erzeugen, gehalten hat, von dort aus nicht ansteckend auf andere Bedienstete der Partei wirke, wie es durch die Unterzeichnung einer Petition für die Verwirklichung des Pariser Kongressbeschlusses von 1889 am Ende geschehen könnte. Mit anderen Worten: Die sozialdemokratischen Arbeitgeber in Sachsen veranlassen ihre Arbeiter über das Arbeitsverhältnis hinaus der Unabhängigkeit indem sie sie an der Ausübung ihrer staatsbürgerschen Rechte verhindern. Die sozialdemokratische Presse gebräucht sonst bei der Bezeichnung eines solchen Verfahrens, die ihr trotz allen Bigotries und Demunzivens selten genug gelingt, die stehende Wendung: der bürgerliche Ausbeuter hält seinen Lohnslaven auch außerhalb der Fabrik oder Werkstätte an der Kette, die ihn überall erinnern muß, daß er ein Unfreier, eine Sache ist. Der Bericht über die Konferenz der Lagerhalter zeigt übrigens auch an allen anderen Stellen die dienenden Brüder der sozialdemokratischen Patres und Eltern, wie von der Verbilligung der sozialistischen Heilsbotschaft, so auch von dem Genuss der für die Arbeiter bürgerlicher Unternehmer geforderten Benefizien ausgeschlossen. Er erzählt nicht von einzelnen Vorgängen, die Einzelnen zur Last fallen, sondern schildert ein System, das in allen sächsischen sozialdemokratischen Konsumvereinen beobachtet wird und von dem die Parteileitung mindestens seit dem Herbst 1893 Kenntnis haben muß. In einer zu jener Zeit veröffentlichten Erklärung von 68 Lagerhaltern finden sich dieselben Beschwerden, die jetzt in Zwickau wieder laut geworden sind, und ein Vergleich ergibt, daß sich die Lage dieser Bediensteten seitdem noch erheblich verschlechtert hat. Auch die Wille des Ausdrucks, der sich der "Vorwärts" bekleidigt und die merkwürdig abstößt von dem betäubenden Lärm, daß dieses Blatt zu erheben pflegt, wenn es über einen Fall ungehöriger Behandlung von Arbeitern durch bürgerliche Arbeitgeber berichtet, deutet darauf hin, daß die Sozialdemokratie hinsichtlich der Fürsorge für das Arbeiterwohl nach ihren Worten und nicht nach ihren Handlungen gerichtet sein will. Für den Achtstundentag sind, wie schon gezeigt worden, die sozialdemokratischen Arbeitgeber nicht eingetragen. Die Länge der Strecke aber, die sie hinter der "Idee" zurückbleiben würde, wenn "Schlotbarone der allgemeinen Brachtung preiszugeben" wären, der "Vorwärts" mit einem Saze beschreiben, in dem das Wort "mörderisch" sicher nicht fehlen würde. Die Arbeitzeit stieg im Jahre 1895 bis auf 96, und im Jahre vorher gar auf 102 Stunden in der Woche. Die niedrigste Arbeitszeit betrug 1895 65 Stunden, wobei zu beachten ist, daß wegen der gesetzlichen Sonntagsruhe eine niedrigere Zahl als 7 zum Divisor genommen werden muß. Neben die Höhe der durchschnittlichen Arbeitszeit beobachtet der "Vorwärts" ein beredtes Schweigen. Im Jahre 1893 be-

schwerten sich die Lagerhalter über eine bis über 90 Stunden gehende Arbeitzeit, die selbe ist also seitdem gestiegen. Über die Sonntagsruhe, deren einmalige Verlezung in einem bürgerlichen Betriebe das sozialdemokratische Zentralvoraus regelmäßig zu einer Mebracht von Brankartiften entflammmt, wird schon bemerkt, daß die Sonntagsarbeit (wie auch die Mittagspausen) die Lage der Lagerhalter und Verkäufer "in keinem rostigen Ecke erscheinen lassen". In der That rosig ist sie nicht. Die Höhe der Lagerhalter, also der beauftragten Bediensteten, schwanken zwischen 32 Pf. (wo aber noch verschiedene Auslagen zu bestreiten sind), in welcher Höhe wird nicht gesagt), reppellen 27 Mark und 9 Mark. Die letztere Bezahlung eines Theiles der Lagerhalter läßt aber keineswegs einen Rückfall auf Arbeitersfreundlichkeit zu, denn die "Frauen der Lagerhalter müssen oft arg umsonst mitarbeiten". Die gegen Löhne angestellten Frauen aber, deren Zahl im Jahre 1895, also innerhalb weniger als vier Monate von 47 auf 104 — offenbar unter Verdrängung männlicher Arbeitkräfte — gestiegen ist, erhalten zwischen 7 und 15 Mark wöchentlich. Im sozialdemokratischen Idiom nennt man, immer natürlich wenn der Arbeitgeber kein Genosse ist, einen Lohn von 7 Mark für Frauen einen Hungerlohn mit der Anweisung auf das Laster. Zu beobachten ist, daß diese Konsumvereine lebenswegen von Konsumvereinen am 1. Mai auf Agitation für den Achtstundentag gegangen sind, ihren Arbeitern aber verbieten haben, die Petition für den Achtstundentag zu unterschreiben, auch die Löhne nicht schließen liegen." Man sieht, die Sozialdemokratie als Arbeitgeber begnügt sich nicht mit der Ausschließung ihrer Untergebenen von der Verwaltung, "aller denkenden und aufgeklärten Arbeiter", sie trifft auch Vorlehrungen, daß die Idee des Achtstundentages, wenn sie ihren siegreichen Einzug in die Herzen von Genossen, die für Sozialdemokraten Unternehmer gewinne erzeugen, gehalten hat, von dort aus nicht ansteckend auf andere Bedienstete der Partei wirke, wie es durch die Unterzeichnung einer Petition für die Verwirklichung des Pariser Kongressbeschlusses von 1889 am Ende geschehen könnte. Mit anderen Worten: Die sozialdemokratischen Arbeitgeber in Sachsen veranlassen ihre Arbeiter über das Arbeitsverhältnis hinaus der Unabhängigkeit indem sie sie an der Ausübung ihrer staatsbürgerschen Rechte verhindern. Die sozialdemokratische Presse gebräucht sonst bei der Bezeichnung eines solchen Verfahrens, die ihr trotz allen Bigotries und Demunzivens selten genug gelingt, die stehende Wendung: der bürgerliche Ausbeuter hält seinen Lohnslaven auch außerhalb der Fabrik oder Werkstätte an der Kette, die ihn überall erinnern muß, daß er ein Unfreier, eine Sache ist. Der Bericht über die Konferenz der Lagerhalter zeigt übrigens auch an allen anderen Stellen die dienenden Brüder der sozialdemokratischen Patres und Eltern, wie von der Verbilligung der sozialistischen Heilsbotschaft, so auch von dem Genuss der für die Arbeiter bürgerlicher Unternehmer geforderten Benefizien ausgeschlossen. Er erzählt nicht von einzelnen Vorgängen, die Einzelnen zur Last fallen, sondern schildert ein System, das in allen sächsischen sozialdemokratischen Konsumvereinen beobachtet wird und von dem die Parteileitung mindestens seit dem Herbst 1893 Kenntnis haben muß. In einer zu jener Zeit veröffentlichten Erklärung von 68 Lagerhaltern finden sich dieselben Beschwerden, die jetzt in Zwickau wieder laut geworden sind, und ein Vergleich ergibt, daß sich die Lage dieser Bediensteten seitdem noch erheblich verschlechtert hat. Auch die Wille des Ausdrucks, der sich der "Vorwärts" bekleidigt und die merkwürdig abstößt von dem betäubenden Lärm, daß dieses Blatt zu erheben pflegt, wenn es über einen Fall ungehöriger Behandlung von Arbeitern durch bürgerliche Arbeitgeber berichtet, deutet darauf hin, daß die Sozialdemokratie hinsichtlich der Fürsorge für das Arbeiterwohl nach ihren Worten und nicht nach ihren Handlungen gerichtet sein will. Für den Achtstundentag sind, wie schon gezeigt worden, die sozialdemokratischen Arbeitgeber nicht eingetragen. Die Länge der Strecke aber, die sie hinter der "Idee" zurückbleiben würde, wenn "Schlotbarone der allgemeinen Brachtung preiszugeben" wären, der "Vorwärts" mit einem Saze beschreiben, in dem das Wort "mörderisch" sicher nicht fehlen würde. Die Arbeitzeit stieg im Jahre 1895 bis auf 96, und im Jahre vorher gar auf 102 Stunden in der Woche. Die niedrigste Arbeitszeit betrug 1895 65 Stunden, wobei zu beachten ist, daß wegen der gesetzlichen Sonntagsruhe eine niedrigere Zahl als 7 zum Divisor genommen werden muß. Neben die Höhe der durchschnittlichen Arbeitszeit beobachtet der "Vorwärts" ein beredtes Schweigen. Im Jahre 1893 be-

schwerten sich die Lagerhalter über eine bis über 90 Stunden gehende Arbeitzeit, die selbe ist also seitdem gestiegen. Über die Sonntagsruhe, deren einmalige Verlezung in einem bürgerlichen Betriebe das sozialdemokratische Zentralvoraus regelmäßig zu einer Mebracht von Brankartiften entflammmt, wird schon bemerkt, daß die Sonntagsarbeit (wie auch die Mittagspausen) die Lage der Lagerhalter und Verkäufer "in keinem rostigen Ecke erscheinen lassen". In der That rosig ist sie nicht. Die Höhe der Lagerhalter, also der beauftragten Bediensteten, schwanken zwischen 32 Pf. (wo aber noch verschiedene Auslagen zu bestreiten sind), in welcher Höhe wird nicht gesagt), reppellen 27 Mark und 9 Mark. Die letztere Bezahlung eines Theiles der Lagerhalter läßt aber keineswegs einen Rückfall auf Arbeitersfreundlichkeit zu, denn die "Frauen der Lagerhalter müssen oft arg umsonst mitarbeiten". Die gegen Löhne angestellten Frauen aber, deren Zahl im Jahre 1895, also innerhalb weniger als vier Monate von 47 auf 104 — offenbar unter Verdrängung männlicher Arbeitkräfte — gestiegen ist, erhalten zwischen 7 und 15 Mark wöchentlich. Im sozialdemokratischen Idiom nennt man, immer natürlich wenn der Arbeitgeber kein Genosse ist, einen Lohn von 7 Mark für Frauen einen Hungerlohn mit der Anweisung auf das Laster. Zu beobachten ist, daß diese Konsumvereine lebenswegen von Konsumvereinen am 1. Mai auf Agitation für den Achtstundentag gegangen sind, ihren Arbeitern aber verbieten haben, die Petition für den Achtstundentag zu unterschreiben, auch die Löhne nicht schließen liegen." Man sieht, die Sozialdemokratie als Arbeitgeber begnügt sich nicht mit der Ausschließung ihrer Untergebenen von der Verwaltung, "aller denkenden und aufgeklärten Arbeiter", sie trifft auch Vorlehrungen, daß die Idee des Achtstundentages, wenn sie ihren siegreichen Einzug in die Herzen von Genossen, die für Sozialdemokraten Unternehmer gewinne erzeugen, gehalten hat, von dort aus nicht ansteckend auf andere Bedienstete der Partei wirke, wie es durch die Unterzeichnung einer Petition für die Verwirklichung des Pariser Kongressbeschlusses von 1889 am Ende geschehen könnte. Mit anderen Worten: Die sozialdemokratischen Arbeitgeber in Sachsen veranlassen ihre Arbeiter über das Arbeitsverhältnis hinaus der Unabhängigkeit indem sie sie an der Ausübung ihrer staatsbürgerschen Rechte verhindern. Die sozialdemokratische Presse gebräucht sonst bei der Bezeichnung eines solchen Verfahrens, die ihr trotz allen Bigotries und Demunzivens selten genug gelingt, die stehende Wendung: der bürgerliche Ausbeuter hält seinen Lohnslaven auch außerhalb der Fabrik oder Werkstätte an der Kette, die ihn überall erinnern muß, daß er ein Unfreier, eine Sache ist. Der Bericht über die Konferenz der Lagerhalter zeigt übrigens auch an allen anderen Stellen die dienenden Brüder der sozialdemokratischen Patres und Eltern, wie von der Verbilligung der sozialistischen Heilsbotschaft, so auch von dem Genuss der für die Arbeiter bürgerlicher Unternehmer geforderten Benefizien ausgeschlossen. Er erzählt nicht von einzelnen Vorgängen, die Einzelnen zur Last fallen, sondern schildert ein System, das in allen sächsischen sozialdemokratischen Konsumvereinen beobachtet wird und von dem die Parteileitung mindestens seit dem Herbst 1893 Kenntnis haben muß. In einer zu jener Zeit veröffentlichten Erklärung von 68 Lagerhaltern finden sich dieselben Beschwerden, die jetzt in Zwickau wieder laut geworden sind, und ein Vergleich ergibt, daß sich die Lage dieser Bediensteten seitdem noch erheblich verschlechtert hat. Auch die Wille des Ausdrucks, der sich der "Vorwärts" bekleidigt und die merkwürdig abstößt von dem betäubenden Lärm, daß dieses Blatt zu erheben pflegt, wenn es über einen Fall ungehöriger Behandlung von Arbeitern durch bürgerliche Arbeitgeber berichtet, deutet darauf hin, daß die Sozialdemokratie hinsichtlich der Fürsorge für das Arbeiterwohl nach ihren Worten und nicht nach ihren Handlungen gerichtet sein will. Für den Achtstundentag sind, wie schon gezeigt worden, die sozialdemokratischen Arbeitgeber nicht eingetragen. Die Länge der Strecke aber, die sie hinter der "Idee" zurückbleiben würde, wenn "Schlotbarone der allgemeinen Brachtung preiszugeben" wären, der "Vorwärts" mit einem Saze beschreiben, in dem das Wort "mörderisch" sicher nicht fehlen würde. Die Arbeitzeit stieg im Jahre 1895 bis auf 96, und im Jahre vorher gar auf 102 Stunden in der Woche. Die niedrigste Arbeitszeit betrug 1895 65 Stunden, wobei zu beachten ist, daß wegen der gesetzlichen Sonntagsruhe eine niedrigere Zahl als 7 zum Divisor genommen werden muß. Neben die Höhe der durchschnittlichen Arbeitszeit beobachtet der "Vorwärts" ein beredtes Schweigen. Im Jahre 1893 be-

schwerten sich die Lagerhalter über eine bis über 90 Stunden gehende Arbeitzeit, die selbe ist also seitdem gestiegen. Über die Sonntagsruhe, deren einmalige Verlezung in einem bürgerlichen Betriebe das sozialdemokratische Zentralvoraus regelmäßig zu einer Mebracht von Brankartiften entflammmt, wird schon bemerkt, daß die Sonntagsarbeit (wie auch die Mittagspausen) die Lage der Lagerhalter und Verkäufer "in keinem rostigen Ecke erscheinen lassen". In der That rosig ist sie nicht. Die Höhe der Lagerhalter, also der beauftragten Bediensteten, schwanken zwischen 32 Pf. (wo aber noch verschiedene Auslagen zu bestreiten sind), in welcher Höhe wird nicht gesagt), reppellen 27 Mark und 9 Mark. Die letztere Bezahlung eines Theiles der Lagerhalter läßt aber keineswegs einen Rückfall auf Arbeitersfreundlichkeit zu, denn die "Frauen der Lagerhalter müssen oft arg umsonst mitarbeiten". Die gegen Löhne angestellten Frauen aber, deren Zahl im Jahre 1895, also innerhalb weniger als vier Monate von 47 auf 104 — offenbar unter Verdrängung männlicher Arbeitkräfte — gestiegen ist, erhalten zwischen 7 und 15 Mark wöchentlich. Im sozialdemokratischen Idiom nennt man, immer natürlich wenn der Arbeitgeber kein Genosse ist, einen Lohn von 7 Mark für Frauen einen Hungerlohn mit der Anweisung auf das Laster. Zu beobachten ist, daß diese Konsumvereine lebenswegen von Konsumvereinen am 1. Mai auf Agitation für den Achtstundentag gegangen sind, ihren Arbeitern aber verbieten haben, die Petition für den Achtstundentag zu unterschreiben, auch die Löhne nicht schließen liegen." Man sieht, die Sozialdemokratie als Arbeitgeber begnügt sich nicht mit der Ausschließung ihrer Untergebenen von der Verwaltung, "aller denkenden und aufgeklärten Arbeiter", sie trifft auch Vorlehrungen, daß die Idee des Achtstundentages, wenn sie ihren siegreichen Einzug in die Herzen von Genossen, die für Sozialdemokraten Unternehmer gewinne erzeugen, gehalten hat, von dort aus nicht ansteckend auf andere Bedienstete der Partei wirke, wie es durch die Unterzeichnung einer Petition für die Verwirklichung des Pariser Kongressbeschlusses von 1889 am Ende geschehen könnte. Mit anderen Worten: Die sozialdemokratischen Arbeitgeber in Sachsen veranlassen ihre Arbeiter über das Arbeitsverhältnis hinaus der Unabhängigkeit indem sie sie an der Ausübung ihrer staatsbürgerschen Rechte verhindern. Die sozialdemokratische Presse gebräucht sonst bei der Bezeichnung eines solchen Verfahrens, die ihr trotz allen Bigotries und Demunzivens selten genug gelingt, die stehende Wendung: der bürgerliche Ausbeuter hält seinen Lohnslaven auch außerhalb der Fabrik oder Werkstätte an der Kette, die ihn überall erinnern muß, daß er ein Unfreier, eine Sache ist. Der Bericht über die Konferenz der Lagerhalter zeigt übrigens auch an allen anderen Stellen die dienenden Brüder der sozialdemokratischen Patres und Eltern, wie von der Verbilligung der sozialistischen Heilsbotschaft, so auch von dem Genuss der für die Arbeiter bürgerlicher Unternehmer geforderten Benefizien ausgeschlossen. Er erzählt nicht von einzelnen Vorgängen, die Einzelnen zur Last fallen, sondern schildert ein System, das in allen sächsischen sozialdemokratischen Konsumvereinen beobachtet wird und von dem die Parteileitung mindestens seit dem Herbst 1893 Kenntnis haben muß. In einer zu jener Zeit veröffentlichten Erklärung von 68 Lagerhaltern finden sich dieselben Beschwerden, die jetzt in Zwickau wieder laut geworden sind, und ein Vergleich ergibt, daß sich die Lage dieser Bediensteten seitdem noch erheblich verschlechtert hat. Auch die Wille des Ausdrucks, der sich der "Vorwärts" bekleidigt und die merkwürdig abstößt von dem betäubenden Lärm, daß dieses Blatt zu erheben pflegt, wenn es über einen Fall ungehöriger Behandlung von Arbeitern durch bürgerliche Arbeitgeber berichtet, deutet darauf hin, daß die Sozialdemokratie hinsichtlich der Fürsorge für das Arbeiterwohl nach ihren Worten und nicht nach ihren Handlungen gerichtet sein will. Für den Achtstundentag sind, wie schon gezeigt worden, die sozialdemokratischen Arbeitgeber nicht eingetragen. Die Länge der Strecke aber, die sie hinter der "Idee" zurückbleiben würde, wenn "Schlotbarone der allgemeinen Brachtung preiszugeben" wären, der "Vorwärts" mit einem Saze beschreiben, in dem das Wort "mörderisch" sicher nicht fehlen würde. Die Arbeitzeit stieg im Jahre 1895 bis auf 96, und im Jahre vorher gar auf 102 Stunden in der Woche. Die niedrigste Arbeitszeit betrug 1895 65 Stunden, wobei zu beachten ist, daß wegen der gesetzlichen Sonntagsruhe eine niedrigere Zahl als 7 zum Divisor genommen werden muß. Neben die Höhe der durchschnittlichen Arbeitszeit beobachtet der "Vorwärts" ein beredtes Schweigen. Im Jahre 1893 be-

schwerten sich die Lagerhalter über eine bis über 90 Stunden gehende Arbeitzeit, die selbe ist also seitdem gestiegen. Über die Sonntagsruhe, deren einmalige Verlezung in einem bürgerlichen Betriebe das sozialdemokratische Zentralvoraus regelmäßig zu einer Mebracht von Brankartiften entflammmt, wird schon bemerkt, daß die Sonntagsarbeit (wie auch die Mittagspausen) die Lage der Lagerhalter und Verkäufer "in keinem rostigen Ecke erscheinen lassen". In der That rosig ist sie nicht. Die Höhe der Lagerhalter, also der beauftragten Bediensteten, schwanken zwischen 32 Pf. (wo aber noch verschiedene Auslagen zu bestreiten sind), in welcher Höhe wird nicht gesagt), reppellen 27 Mark und 9 Mark. Die letztere Bezahlung eines Theiles der Lagerhalter läßt aber keineswegs einen Rückfall auf Arbeitersfreundlichkeit zu, denn die "Frauen der Lagerhalter müssen oft arg umsonst mitarbeiten". Die gegen Löhne angestellten Frauen aber, deren Zahl im Jahre 1895, also innerhalb weniger als vier Monate von 47 auf 104 — offenbar unter Verdrängung männlicher Arbeitkräfte — gestiegen ist, erhalten zwischen 7 und 15 Mark wöchentlich. Im sozialdemokratischen Idiom nennt man, immer natürlich wenn der Arbeitgeber kein Genosse ist, einen Lohn von 7 Mark für Frauen einen Hungerlohn mit der Anweisung auf das Laster. Zu beobachten ist, daß diese Konsumvereine lebenswegen von Konsumvereinen am 1. Mai auf Agitation für den Achtstundentag gegangen sind, ihren Arbeitern aber verbieten haben, die Petition für den Achtstundentag zu unterschreiben, auch die Löhne nicht schließen liegen." Man sieht, die Sozialdemokratie als Arbeitgeber begnügt sich nicht mit der Ausschließung ihrer Untergebenen von der Verwaltung, "aller denkenden und aufgeklärten Arbeiter", sie trifft auch Vorlehrungen, daß die Idee des Achtstundentages, wenn sie ihren siegreichen Einzug in die Herzen von Genossen, die für Sozialdemokraten Unternehmer gewinne erzeugen, gehalten hat, von dort aus nicht ansteckend auf andere Bedienstete der Partei wirke, wie es durch die Unterzeichnung einer Petition für die Verwirklichung des Pariser Kongressbeschlusses von 1889 am Ende geschehen könnte. Mit anderen Worten: Die sozialdemokratischen Arbeitgeber in Sachsen veranlassen ihre Arbeiter über das Arbeitsverhältnis hinaus der Unabhängigkeit indem sie sie an der Ausübung ihrer staatsbürgerschen Rechte verhindern. Die sozialdemokratische Presse gebräucht sonst bei der Bezeichnung eines solchen Verfahrens, die ihr trotz allen Bigotries und Demunzivens selten genug gelingt, die stehende Wendung: der bürgerliche Ausbeuter hält seinen Lohnslaven auch außerhalb der Fabrik oder Werkstätte an der Kette, die ihn überall erinnern muß, daß er ein Unfreier, eine Sache ist. Der Bericht über die Konferenz der Lagerhalter zeigt übrigens auch an allen anderen Stellen die dienenden Brüder der sozialdemokratischen Patres und Eltern, wie von der Verbilligung der sozialistischen Heilsbotschaft, so auch von dem Genuss der für die Arbeiter bürgerlicher Unternehmer geforderten Benefizien ausgeschlossen. Er erzählt nicht von einzelnen Vorgängen, die Einzelnen zur Last fallen, sondern schildert ein System, das in allen sächsischen sozialdemokratischen Konsumvereinen beobachtet wird und von dem die Parteileitung mindestens seit dem Herbst 1893 Kenntnis haben muß. In einer zu jener Zeit veröffentlichten Erklärung von 68 Lagerhaltern finden sich dieselben Beschwerden, die jetzt in Zwickau wieder laut geworden sind, und ein Vergleich ergibt, daß sich die Lage dieser Bediensteten seitdem noch erheblich verschlechtert hat. Auch die Wille des Ausdrucks, der sich der "Vorwärts" bekleidigt und die merkwürdig abstößt von dem betäubenden Lärm, daß dieses Blatt zu erheben pflegt, wenn es über einen Fall ungehöriger Behandlung von Arbeitern durch bürgerliche Arbeitgeber berichtet, deutet darauf hin, daß die Sozialdemokratie hinsichtlich der Fürsorge für das Arbeiterwohl nach ihren Worten und nicht nach ihren Handlungen gerichtet sein will. Für den Achtstundentag sind, wie schon gezeigt worden, die sozialdemokratischen Arbeitgeber nicht eingetragen. Die Länge der Strecke aber, die sie hinter der "Idee" zurückbleiben würde, wenn "Schlotbarone der allgemeinen Brachtung preiszugeben" wären, der "Vorwärts" mit einem Saze beschreiben, in dem das Wort "mörderisch" sicher nicht fehlen würde. Die Arbeitzeit stieg im Jahre 1895 bis auf 96, und im Jahre vorher gar auf 102 Stunden in der Woche. Die niedrigste Arbeitszeit betrug 1895 65 Stunden, wobei zu beachten ist, daß wegen der gesetzlichen Sonntagsruhe eine niedrigere Zahl als 7 zum Divisor genommen werden muß. Neben die Höhe der durchschnittlichen Arbeitszeit beobachtet der "Vorwärts" ein beredtes Schweigen. Im Jahre 1893 be-

Abend-Ausgabe.

Montag, 29. April 1895.

Aufnahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Bartsch & Co. Hamburg Joh. Nothaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Copenhagen Aug. J. Wolf & Co.

italienischen Sprache mächtigen Beamten werden über alle Verkehrsverhältnisse bereitwillig Auskunft ertheilen. Wie schon berichtet, wird der Strom von Schaulustigen nach Kiel voraussichtlich ein enormer sein. Mit Rücksicht hierauf sind bereits in Kiel alle Maßregeln zur Erleichterung des Fremdenverkehrs getroffen. Insbesondere ist, wie uns mitgetheilt wird, auf Veranlassung des Magistrats ein Wohnungsausstausch gebildet worden, welcher denjenigen Fremden, die zu den Kaiserfeierlichkeiten nach Kiel zu reisen beabsichtigen, gesic (

